

BESCHLUSS DES LANDESVORSTANDS

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg
Dienstag, 15. Mai 2012, Landesgeschäftsstelle

SCHWEBEN ÜBER DIE ELBE - DIE SEILBAHN ALS NEUE CHANCE FÜR DEN UMWELTVERBUND UND DIE ERSCHLIESSUNG WILHELMSBURGS

Derzeit wird in Hamburg der Bau einer Seilbahn über der Elbe diskutiert. Für den Fall, dass sich die Bürgerschaftsfraktion der GAL dazu öffentlich verhalten soll, empfehlen die LAG Verkehr und der Landesvorstand, die Pläne zur befristeten und privat finanzierten Errichtung einer Seilbahn zwischen St. Pauli und Wilhelmsburg zu unterstützen.

Da die vorliegenden Planungen zu diesem Zeitpunkt noch nicht abschließend entscheidungsreif sind, ist dieses Wohlwollen jedoch an folgende Empfehlungen geknüpft:

Die GAL-Bürgerschaftsfraktion möge beim Senat darauf hin wirken, dass

- eine Kosten- und Risikoabschätzung der Maßnahme für die öffentliche Hand vorgelegt wird
- beide Abschnitte der geplanten Trasse verwirklicht werden
- in einem Beteiligungsverfahren insbesondere die Bevölkerung in den Stadtteilen St. Pauli, Neustadt und Wilhelmsburg bei der Planung einbezogen wird. Die vorangegangenen Bürgerbeteiligungsrounden müssen ausgewertet und die Anregungen ins Verfahren eingebracht werden
- das System mit erweiterten Angeboten des HVV - insbesondere der Intensivierung der Buslinien 151 und 252 mit neuer Haltestelle am Reihersteigknie - verknüpft wird, um die

Verkehrsanbindung Wilhelmsburgs mit einem funktionstüchtigen und massentauglichen Angebot zu ergänzen.

- Mittel aus Verpachtung öffentlicher Flächen für die Seilbahn für die ÖPNV- Anbindung der Stationen verwendet werden
- die von Stage und Doppelmayr vorgestellten Planungen zum Betrieb der Seilbahn zu Ökostrom und zu den Betriebszeiten eingehalten werden
- die zusätzlichen verkehrlichen Belastungen in den Stadtteilen Neustadt und St. Pauli vor dem Genehmigungsverfahren berechnet werden. Zusätzliche Stellplätze für den MIV an der Station U3 St. Pauli/Glacischaussee sind zu vermeiden.
- Die Eingriffe auf den Elbpark auf das Minimum reduziert werden, es darf dadurch keine Grundwasserabsenkung geben